

Stand: 09.02.2026 04:32:50

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/6737

"Eine starke Interessenvertretung für die Pflege - eine Pflegekammer für Bayern!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/6737 vom 26.05.2015
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/7522 des GP vom 16.06.2015
3. Beschluss des Plenums 17/8711 vom 28.10.2015
4. Plenarprotokoll Nr. 56 vom 28.10.2015



Antrag

der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Karl Vetter, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thors ten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Eine starke Interessenvertretung für die Pflege – eine Pflegekammer für Bayern!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, in enger Zusammenarbeit mit den Pflegeverbänden die gesetzlichen Grundlagen für die Errichtung einer bayerischen Pflegekammer zu schaffen.

Der Pflegekammer sollen insbesondere folgende Aufgaben zukommen, damit sie zu einer deutlichen Verbesserung der Situation für die Pflegefachkräfte und die zu Pflegenden führt:

- Führung eines Register mit den Angehörigen der Pflegeberufe,
- Interessenvertretung,
- Fort- und Weiterbildung,
- Berufsausübung,
- Qualitätssicherung,
- Berufsrecht.

Tarifverhandlungen und Altersvorsorge gehören ausdrücklich nicht in den Kompetenzbereich einer neuen Pflegekammer.

Begründung:

Die steigende Anzahl pflegebedürftiger Menschen erfordert zwingend auch die Zunahme qualifizierten Pflegepersonals. Um diesen Bedarf zu decken, müssen die Pflegeberufe für junge Menschen insgesamt deutlich attraktiver werden. Die vergeblichen Versuche der letzten Jahre haben gezeigt, dass dieses Ziel ohne eine starke Interessenvertretung der Pflegekräfte nicht zu erreichen ist. Durch Einrichtung einer Pflegekammer würden die Pflegeberufe auf eine Stufe mit anderen Gesundheitsberufen wie den Ärzten oder Apothekern gestellt. Durch eine derartige Gesamtvertretung der Pflegekräfte könnte eine deutliche Verbesserung der Rahmenbedingungen der Pflegefachkräfte und der zu Pflegenden herbeigeführt werden.

Bereits 2011 hat sich der damalige Staatsminister Söder für die Errichtung einer Pflegekammer eingesetzt und auch bereits einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorbereiten lassen. 2013 hat Staatsminister Huber den Start einer repräsentativen Umfrage unter den Angehörigen der Pflegeberufe angekündigt, deren Ergebnisse Ende 2013 veröffentlicht wurden und eine 50 prozentige Zustimmung der Pflegefachkräfte ergeben hatten, während nur 34 Prozent diese ablehnten. Die Überschrift der damaligen Pressemitteilung des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege vom 3. Dezember 2013 lautete: „Huml: Bayerns Pflegekräfte pro Pflegekammer – Ergebnis der repräsentativen Umfrage liegt vor“. Es ist völlig unverständlich, warum jetzt doch keine Pflegekammer errichtet werden soll, sondern lediglich ein „Pflegering“ in Form einer Körperschaft des öffentlichen Rechts. Dieser hätte bereits bei der Registrierung aller Pflegekräfte Schwierigkeiten, da nicht alle Angehörigen der Pflegeberufe Mitglied sein müssen. Um effektiv einem zukünftigen Pflegfachkräftemangel entgegenzuwirken, ist dies aber unerlässlich.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit und Pflege

**Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)
Drs. 17/6737**

**Eine starke Interessenvertretung für die Pflege – eine Pflege-
kammer für Bayern!**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer**
Mitberichterstatter: **Klaus Holetschek**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 27. Sitzung am 16. Juni 2015 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: 2 Zustimmung, 8 Ablehnung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Kathrin Sonnenholzner
Vorsitzende



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Karl Vetter, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Harnisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREEIE WÄHLER)

Drs. 17/6737, 17/7522

Eine starke Interessenvertretung für die Pflege – eine Pflegekammer für Bayern!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer

Abg. Klaus Holetschek

Abg. Kathrin Sonnenholzner

Abg. Ulrich Leiner

Staatsministerin Melanie Huml

Abg. Dr. Thomas Goppel

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

**Eine starke Interessenvertretung für die Pflege - eine Pflegekammer für Bayern!
(Drs. 17/6737)**

Ich darf bekannt geben, dass die Fraktion der FREIEN WÄHLER für diesen Antrag namentliche Abstimmung beantragt hat. Ich eröffne die Aussprache. Als Erstem darf ich Herrn Professor Dr. Bauer das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Staatsministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Pflege auf Kante genäht", "Pflegenotstand", "Pflegechaos". Und gestern die große Demonstration, die am Odeonsplatz begann und vor der Staatskanzlei endete, zu dem Thema: "Uns reicht es! Jetzt! Die Pflege wird laut!" Ich war selbst dabei. Es haben sicherlich 3.000 Menschen an der Kundgebung teilgenommen.

Ich möchte kurz zurückblicken: Was war 2011? – In diesem Jahr hat sich Staatsminister Söder, der damals für Gesundheit und Pflege zuständig war, zu einer Pflegekammer bekannt. Er hat gesagt: Bayern bekommt eine Pflegekammer. Im Jahr 2013 ging es mit der Regierung von Ministerpräsident Seehofer weiter. Er hat gesagt, eine Pflegekammer in Bayern komme, wenn sich die Mehrheit der Pflegenden dafür ausspreche. Frau Ministerin, diese repräsentative Umfrage hat stattgefunden. Sie haben uns die Ergebnisse vorgestellt. In dieser repräsentativen Umfrage haben sich 50 % – das ist nun einmal die Mehrheit – für eine Pflegekammer ausgesprochen. Es haben sich die Leute für die Pflegekammer ausgesprochen, die davon betroffen sind und etwas davon verstehen. Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CSU, in Ihrer Fraktion befindet sich der pflegepolitische Beauftragte der Staatsregierung mit hohem Sachverständ, der sich voll engagiert und weiß, was an der Basis los ist. Er kommt zu den

Leuten und spricht mit ihnen. Auch er hat sich eindeutig für eine Pflegekammer ausgesprochen.

Die Bayerische Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Pflegeberufe mit 15 Mitgliedsverbänden spricht sich für die Pflegekammer aus. Erstmals – das war gestern eine gewisse Sensation auf der Demonstration – hat sich ein bedeutender Vertreter eines Verbandes, nämlich der Landescaritasdirektor Prälat Piendl, öffentlich für eine Pflegekammer ausgesprochen! Die bayerische Dekanekonferenz Pflege spricht sich ebenfalls für die Pflegekammer aus. Welchen Sachverstand, der sich für die Kammerlösung einsetzt, wollen wir noch einholen? Meine Damen und Herren, ich als Arzt kann Ihnen sagen, welche Vorteile eine Kammer hat. Eine Kammer hat für die Mitglieder ganz viele Vorteile. Die Pflegekammer könnte viel Wichtiges regeln, zum Beispiel die Ausbildung und die Qualitätskontrolle. Es wird auf Augenhöhe verhandelt. Dass man auf Augenhöhe verhandeln kann, ist besonders wichtig – das kann nur die Pflegekammer.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Schade, dass Herr Kreuzer nicht da ist. Er kritisiert immer, dass die Opposition nur meckert und nicht anerkennt, was die Staatsregierung richtig macht. An dieser Stelle möchte ich noch einmal betonen, dass die Einsetzung eines eigenständigen Ministeriums für Gesundheit und Pflege ein richtiger Schritt war. Gehen Sie doch diese Schritte weiter! Die logische Folge ist die Errichtung einer Pflegekammer.

Meine Damen und Herren, die letzten Jahre haben gezeigt, dass wir mit den jetzigen Instrumenten nicht weiterkommen. Frau Sonnenholzner, ich möchte zu Ihrem Argument, eine Pflegekammer bringe keine Lösung der Probleme, das sicherlich wieder kommt, sagen: Natürlich löst sie nicht alle Probleme. Die Pflegekammer ist jedoch ein wichtiger Baustein, um die Probleme in der Pflege zu mindern oder zu bessern. Das ist die Aufgabe der Pflegekammer. Es wäre zu einfach gedacht, dass die Pflegekammer alle Probleme lösen könnte.

Ich verstehe auch die anderen Argumente gegen die Pflegekammer von der SPD nicht. Selbst Ihre Ministerpräsidentin in Rheinland-Pfalz spricht sich für eine Pflegekammer aus. Vor einigen Jahren haben Sie der Pflegekammer auch noch zugestimmt. Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Berlin und andere Bundesländer, in denen Sie an der Regierung beteiligt sind, überlegen sich mit Recht, eine Pflegekammer einzuführen. Deshalb sollten Sie diesen Weg gehen. Sie haben keine guten Argumente, die gegen eine Pflegekammer sprechen. Heute haben Sie die letzte Gelegenheit zuzustimmen. Stimmen Sie der Pflegekammer zu!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Bayern geht einen Sonderweg in der Pflege – völlig unerprobt, einmalig. Grundsätzlich habe ich nichts gegen Sonderwege, aber sie müssen mit Futter unterlegt sein. Dass die Einladung, an diesem Dialog teilzunehmen, ausgeschlagen wird, sollte uns letztendlich zu denken geben. Viele haben abgesagt.

Eine Sache möchte ich noch kritisieren. Sie haben 86.000 Euro ausgegeben, um mit Broschüren für den Pflegering zu werben. Dort sollte der Rechnungshof einmal drüberschauen. Ich denke, das ist eine Verschleuderung von Steuergeldern. Ich finde es unfair, von Ministerseite den Pflegering nur einseitig darzustellen. Die Gegenargumente werden nicht vorgebracht. – So stelle ich mir eine funktionierende Demokratie nicht vor. Sie sollen nicht über uns reden und entscheiden, sondern mit uns reden und entscheiden. Deswegen: Pflegekammer jetzt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Jetzt darf ich Herrn Kollegen Holetschek das Wort erteilen. Bitte schön.

Klaus Holetschek (CSU): Verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte auch diese Debatte mit einem Dank und der Bekundung von großem Respekt für die Pflegekräfte, die wirklich einen großartigen Dienst an den Menschen tun,

eröffnen. Wir sollten im Sinne der Wertschätzung, die wir immer wieder auch in diesem Hohen Hause zum Ausdruck bringen, Danke sagen. Gestern haben wir auf der Demonstration gesehen – Bernhard Seidenath, Thomas Goppel und ich waren auch dort –, dass die Pflegekammer wirklich ein wichtiges Thema ist, das die Pflegekräfte auch bewegt. Es geht aber nicht nur um die Pflegekammer, sondern auch um die Rahmenbedingungen der Pflege. Jeder von uns weiß, was die Pflegekräfte bewegt, weil wir vor Ort in den Pflegeheimen sind: der Druck, Schichtdienst und das Gefühl, ausgebrannt zu sein. Nicht ohne guten Grund ist die Krankheitsquote der Pflegekräfte um 36 % höher als in anderen Berufen. Diese Dinge sollten uns zu denken geben.

Die Basis der Debatte ist, dass wir alle etwas auf den Weg bringen wollen, was der Pflege hilft und was der Pflege nutzt. Ich danke der Ministerin, dass sie mit dem Vorschlag einer Interessenvertretung genau dem gerecht wird, was die Umfrage erbracht hat. Das Ergebnis der Umfrage hat gezeigt, dass die Pflegekräfte zwar für eine Pflegekammer sind, sich jedoch – das darf man nicht verschweigen – gegen eine Pflichtmitgliedschaft wenden. Das haben die Petitionen im Ausschuss widergespiegelt. Es gehört zur Klarheit und Wahrheit in diesem Haus, dass wir eine Interessenvertretung wollen, aber gleichzeitig darauf achten müssen, was die Pflegekräfte tatsächlich mit dieser Interessenvertretung erreichen wollen.

Ich will drei Punkte, die für diese Debatte wichtig sind, ansprechen. Die Expertise der Pflegekräfte sollte in die Debatte eingebunden werden. Das ist ein ganz zentrales Thema. Diese Interessenvertretung wird keine Vertretung der Arbeitgeber. Dafür gäbe es in meiner Fraktion keine Mehrheit. Wir wollen eine Interessenvertretung der Pflegekräfte mit einem Vorstand und einer Vollversammlung. Eine punktuelle Beteiligung der Arbeitgeber in einem Beirat bei bestimmten Themen ist zwar sicherlich sinnvoll, aber es geht um eine Interessenvertretung der Pflegekräfte. Das ist der erste Punkt.

(Beifall bei der CSU)

Es muss und wird auch sichergestellt werden, dass diese Interessenvertretung mit einer Bundeskammer oder einem Konstrukt, das sich auf Bundesebene finden wird, kompatibel ist. Natürlich muss sich ein bayerischer Weg auf Bundesebene einbringen lassen. Dies wird ein Gesetzentwurf, über den wir bald diskutieren werden, aufzeigen. Das heißt nicht, dass sich Bayern isoliert, sondern dass ein guter bayerischer Weg auch ein Vorbild für die Bundesebene sein kann. Dafür stehen wir mit dieser Interessenvertretung, die wir andenken.

Wir werden auch eine Lösung für das drängende Problem der Registrierung der Pflegekräfte suchen. Natürlich brauchen wir einen Überblick. Natürlich wollen wir mit dem Erlass einer Berufsordnung die Voraussetzung schaffen, die Pflegekräfte zu erfassen. Hierzu befindet sich die Ministerin im Gespräch mit dem Datenschutzbeauftragten, um diesen Weg vorzugeben und aufgrund einer Berufsordnung die Registrierung der Pflegekräfte zu ermöglichen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, deswegen sollten dort die Bedenken ausgeräumt werden.

Ich glaube, dass der Dialog nach wie vor wichtig ist. Das kann ich Ihnen versichern, weil ich diesen Dialog heute mehrfach in diesem Hohen Haus führen durfte. Ich begrüße ganz herzlich Frau Generaloberin, Frau Dr. Biederbeck und andere, die sich unter den Zuhörern befinden. Sie beobachten die Debatte und haben sich am Rande des Plenums in verschiedenen Gesprächen mit ihren Anliegen an die Abgeordneten gewandt. Das halte ich für legitim und wichtig, weil wir alle um die besten Lösungen ringen. Ich darf Ihnen versichern, die Grundlage – das sage ich noch einmal ganz deziert – besteht darin, dass wir für Sie etwas Gutes auf den Weg bringen wollen. Wir wollen Ihre Expertise und Ihre Meinung in diese Interessenvertretung einbringen. Das ist die Basis aller, die ihre Meinung immer wieder äußern. Ich will mich auch beim Pflegebeauftragten Hermann Imhof ganz herzlich bedanken. Lieber Hermann, du bist viel draußen unterwegs an den Pflegestammtischen. Es ist wichtig, dass die Pflegekräfte einen Ansprechpartner haben.

Herr Kollege Bauer, Sie sprechen den Rechnungshof an. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir machen die Politik. Wenn wir der Meinung sind, dass wir für eine Information Geld ausgeben, sollten wir das tun und nicht schon im Vorfeld auf den Rechnungshof verweisen. Wir, die hier sind, sind die Gestalter und nicht der Rechnungshof.

(Beifall bei der CSU)

Ich glaube, dass der Dialog in diesem Sinne fortgesetzt werden muss und dass wir weiter im Gespräch bleiben müssen. Ich glaube aber auch, dass wir die Vorschläge verwirklichen müssen. Es gibt eine Zeit zum Reden, es gibt eine Zeit zum Planen, und irgendwann einmal kommt die Zeit, die Maßnahmen auf den Weg zu bringen. Ich will nicht ausschließen – das sage ich an die Damen, die dort oben sitzen -, dass wir mit der Interessenvertretung beginnen und diesen bayerischen Weg gemeinsam gehen. Darum bitte ich Sie eindringlich. Nach einer gewissen Zeit sollten wir uns dann die Entwicklung noch einmal anschauen, sie hinterfragen und überprüfen: Sind wir auf dem richtigen Weg? Müssen wir nachjustieren? Oder können wir schon sagen, dass wir etwas Gutes geschaffen haben? Diese Freiheit wollen wir uns im Interesse der Pflegekräfte nehmen. Diese Freiheit sollten wir uns nehmen. Deswegen werden wir jetzt den Antrag der FREIEN WÄHLER ablehnen, aber weiter an unserem Konzept und am Gesetzentwurf arbeiten. Ich hoffe, dass wir im Sinne der Pflegekräfte etwas Gutes in diesem Land auf den Weg bringen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. - Ich erteile jetzt Frau Kollegin Sonnenholzner das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Kathrin Sonnenholzner (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Frau Präsidentin, Kollegen und Kolleginnen! Der Zeitpunkt der Endberatung dieses Antrags im Plenum fällt zufällig auf den heutigen Tag. Trotzdem trifft sich das am Tag nach der großen Pflegedemonstration am Odeonsplatz inhaltlich tatsächlich gut. "Die Pflege wird laut",

hieß das Motto der Demonstration, und das ist gut so. Das sage ich seit ganz vielen Jahren. Die Zeiten von Florence Nightingale sind Gott sei Dank endgültig vorbei. Natürlich ist es richtig und wichtig, dass die Pflege ihre berechtigten Anliegen laut, deutlich und selbstbewusst artikuliert. Kollege Bauer hat es gesagt. Wir diskutieren seit mehr als vier Jahren in diesem Haus über das Für und Wider der Pflegekammer. Auch aus den Reihen der Pflegekräfte gibt es wellenweise immer wieder – das hält sich so ungefähr die Waage – einmal hundert Petitionen dafür und dann wieder hundert Petitionen dagegen. Unter den Pflegekräften gehen die Meinungen sehr auseinander.

Selbstverständlich soll die Pflege auf Augenhöhe mit den Medizinern sein. Das sage ich hier, und das sage ich auch laut. Jeder Chefarzt und jeder Arzt, der das nicht von Haus aus praktiziert, lebt noch nicht einmal im letzten, sondern noch im vorletzten Jahrhundert. Ich glaube, dass man aber auch mit einer Pflegekammer diesem Problem nicht beikommt; denn gegen Borniertheit hilft eine Institution nicht. Da muss man in den Köpfen der Menschen etwas bewegen.

(Beifall bei der SPD)

Kollege Dr. Bauer, wir waren nie dafür. Es ist das Privileg, eine Eigenschaft oder ein Fehler der FREIEN WÄHLER, ihre Meinung regelmäßig wie die Fahne in den Wind zu hängen und zu ändern. Wir tun das nicht. Wir waren immer dagegen, und wir waren aus guten Gründen dagegen.

Die Pflege braucht wirklich eine Verbesserung der Situation der Pflegekräfte. Diese Verbesserung braucht die Pflege nicht nur für sich, sondern wir brauchen sie alle in unserem eigenen Interesse, weil wir irgendwann alle einmal Patienten sein werden und weil wir sonst den Pflegenotstand nicht in den Griff bekommen werden, den wir jetzt schon haben.

Selbstverständlich brauchen wir dazu auch politische Maßnahmen. Zum Beispiel brauchen wir dazu das von uns und auch von der SPD auf Bundesebene schon mehrfach geforderte Instrument der Personalbemessung in den Krankenhäusern und den Alten-

pflegeeinrichtungen, weil dieses Instrument tatsächlich dazu beitragen kann, dass die Arbeitsbelastung nicht immer höher wird. Frau Ministerin, wir wünschen uns, dass Sie in der Großen Koalition endlich Ihre Blockade gegenüber diesem Instrument aufgeben.

Natürlich brauchen wir auch mehr Wertschätzung für die Pflegekräfte, und die bitte nicht nur in Sonntagsreden. Wir brauchen eine Wertschätzung, die sich am Ende des Monats auf dem Konto sehen lässt. Ich wünsche mir, dass wir nicht immer nur aus der Sicht der Beitragssatzstabilität diskutieren, sondern auch aus der Sicht der Frage, wieviel Geld wir brauchen, um das zu finanzieren, was wir finanzieren wollen.

Was erwarten jetzt die Befürworter und Befürworterinnen einer Pflegekammer von dieser Einrichtung? Die Kammer wird als die Lösung für alle Probleme dargestellt. Ich sage nach wie vor: Die Kammer ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, die gesetzliche Aufgaben im übertragenen Wirkungskreis übernimmt und eben genau keine Pressure Group ist. Die Pflege braucht aber eine Pressure Group. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass die Politik nicht scheinbar leichten Lösungen nachgehen soll, die sich dann als Illusion erweisen; denn das erhöht noch mehr die Politikverdrossenheit und den Ärger der Betroffenen, statt ihn zu senken.

In der "Süddeutschen Zeitung" von heute stehen drei Interviews mit Teilnehmern und Teilnehmerinnen an dieser Pflegedemonstration. Sie artikulieren, warum sie auf die Straße gegangen sind. Die erste Teilnehmerin hat gesagt, sie brauche mehr Zeit für die Patienten und Patientinnen. Der zweite Teilnehmer hat gesagt, die Arbeitsbedingungen allgemein müssten sich verändern, und die Dritte hat gesagt, sie brauche mehr Zeit und mehr Geld. Alles das ist richtig. Alles das unterstütze ich. Aber nichts von alledem kann die Pflegekammer lösen. Deshalb ist auch die Presseberichterstattung nicht dazu angetan, mich von etwas anderem zu überzeugen als von dem, was ich mir nach vielen sowohl kontroversen als auch konsensualen Gesprächen mit Pflegekräften als Meinung gebildet habe.

Nachdem ich noch ein bisschen Zeit habe, darf ich eines sagen: In der "Süddeutschen Zeitung" war von dieser Demonstration ein Bild mit Politikern im Rollstuhl. Wahrscheinlich ärgere ich mich öfter als die Pflegekräfte über den bayerischen Ministerpräsidenten. Dennoch ist diese Form der Darstellung unmöglich. Ich mag das schon bei Faschingsumzügen nicht. In einer Zeit, in der in der Öffentlichkeit die Herabwürdigung von Menschen allgemein, aber besonders von Politikern immer ein bisschen mehr Raum greift, sollte man sich so etwas ersparen. - Bitte nicht klatschen, Kolleginnen und Kollegen von der CSU; denn ich muss noch meinen Satz an die Ministerin loswerden. Ich habe es zur Kenntnis genommen.

Frau Ministerin, von Ihnen erwarte ich, dass Sie umgehend den Gesetzentwurf vorlegen, über den wir im Ausschuss kritisch beraten werden. Ich teile die Meinung des Kollegen Bauer, dass es mega ungeschickt war, dem Gesetzentwurf eine Medienkampagne voranzustellen. Ihre Aufgabe wäre es gewesen, den Gesetzentwurf schnell auf den Tisch zu legen und ihn mit allen Betroffenen und auch mit uns zu diskutieren, statt dieses Instrument mit teurem Geld zu bewerben, bevor Nägel mit Köpfen gemacht werden. Ich glaube, da haben Sie sich selbst und auch der Sache keinen Gefallen getan. Heute werden wir aber selbstverständlich in namentlicher Abstimmung diesen Antrag ablehnen und uns weiter mit unseren politischen Mitteln und mit aller Kraft für die Interessen der Pflege einsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. Kommen Sie bitte ans Rednerpult zurück. Herr Professor Bauer hat eine Zwischenbemerkung.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Frau Kollegin Sonnenholzner, nachdem Sie mich direkt angesprochen haben, möchte ich mich doch noch einmal zu Wort melden. Können Sie mir sagen, was Sie damit gemeint haben, dass wir unsere Meinung wie ein Fähnchen nach dem Wind richten? Wenn Sie so argumentieren, bedenken Sie überhaupt nicht die Entwicklungen, die es in den letzten Jahren gegeben

hat. Genauso ist es in der Asyldebatte. Wir müssen die Not, die sich in den letzten Jahren in der Pflege aufgestaut hat, zur Kenntnis nehmen und daraus die richtigen politischen Schlüsse ziehen. Wir dürfen nicht Vergangenheitsbewältigung betreiben und rückwärtsgewandt argumentieren.

Kathrin Sonnenholzner (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Das macht mich jetzt fast sprachlos, Herr Kollege, weil Ihr Redebeitrag im Wesentlichen darin bestanden hat, der SPD Fehler in der Frage der Pflegekammer, die wir aus Ihrer Sicht begangen haben, vorzuwerfen. Darauf zu antworten, habe ich mir erlaubt. Wir haben unsere Position von Anfang an und gut begründet vertreten.

Ich kann es nur noch wiederholen, ich habe noch eine Minute und 39 Sekunden. Mit großem Ernst kann ich sagen: Selbstverständlich gibt es viele Probleme in der Pflege, die gelöst werden müssen. Wir haben vieles verschlafen, und da nehme ich in der Politik niemanden aus – vielleicht nur die FREIEN WÄHLER; denn sie haben im Bund und auch hier in Bayern noch nie Verantwortung getragen. Alle anderen aber haben ihren Anteil dazu beigetragen. Weil das so ist, dürfen wir nicht noch einmal eine falsche Entscheidung treffen. Wir wären endlich gut beraten, wenn wir gemeinsam die Weichen richtig stellen würden.

Aus zwölfjähriger Erfahrung als Abgeordnete kann ich sagen, dass in meinem Büro kein Thema so viele Beschwerden hervorgerufen hat wie die verschiedensten, mit Zwangsmitgliedschaften verbundenen Kammern, egal ob sie von Mitgliedern der IHK, Mitgliedern der Ärztekammer, Mitgliedern der neuen Psychotherapeutenkammer, Mitgliedern der Ingenieurkammer oder Mitgliedern anderer Kammern kamen. Wir alle bekommen regelmäßig Beschwerden von Leuten, die sagen, die Kammer kostet uns Geld, bringt uns aber keinen Nutzen. Ich sehe keinen Grund, warum wir diesen Fehler in der Pflege ohne Not machen sollten, wenn der Effekt, den wir erwarten, nicht rauskommen kann, weil das Aufgabenspektrum den Erwartungen, die Pflegekräfte an die Kammer richten, nicht gerecht werden kann.

(Beifall bei der SPD und der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Jetzt darf ich Herrn Kollegen Leiner das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

Ulrich Leiner (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es wurde schon erwähnt: Gestern fand eine Demo für Verbesserungen in der Pflege mit über 2.500 Teilnehmern statt. Frau Sonnenholzner, das Motto hieß: "Uns! Reicht's! Jetzt!" Das ist genau die Situation, die ich Ihnen in meiner letzten Rede als Antwort auf die Regierungserklärung von Frau Huml dargestellt habe. Natürlich werden entscheidende Maßnahmen in der Pflege- und Gesundheitspolitik in Berlin entschieden. Was wir in Bayern machen könnten, machen wir aber gar nicht oder nur zögerlich oder viel zu spät. Dazu gehört eindeutig die Entscheidung zur Einrichtung einer bayerischen Pflegekammer.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich sage Ihnen: Diejenigen, die gestern dabei waren, müssen das starke Signal verstanden haben, das von den Demonstranten ausgesandt wurde. Würden Sie heute eine Umfrage zur Pflegekammer machen, würde eine noch größere Anzahl Pflegekräfte für eine Kammer stimmen; davon bin ich zutiefst überzeugt. Im Übrigen sind wir GRÜNE im Bayerischen Landtag von Anfang an für diese Pflegekammer eingetreten und sind heute noch dafür.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe mich gestern auf der Demonstration gewundert, dass nicht der Herr Imhof oder der Herr Baumgärtner gesprochen hat, die sich bei der Abstimmung öffentlich zur Pflegekammer bekannt haben – dafür spreche ich Ihnen meinen Respekt aus -, sondern der Herr Goppel, der damals den Raum verlassen hat. Das hat mich doch sehr gewundert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Argumente, die gegen eine Pflegekammer geäußert wurden, sind weitgehend verhallt. Die Pflegekammer mischt sich eben nicht in die Tarifautonomie der Tarifpartner ein. Sie mischt sich nicht in die Pflegesatzverhandlungen der Träger ein. Sie ist also nicht gegen die Gewerkschaften und Träger gerichtet. Als einziger großer Kritikpunkt bleiben die Pflichtmitgliedschaft und die Beiträge. Für die Bewerbung des Pflegerings geben wir aktuell 86.000 Euro aus. Die Zahl wurde schon genannt. Daraus schließe ich, dass uns die Einrichtung dieses Pflegerings schon jetzt mehr Geld kostet als der Beginn der Einrichtung einer Pflegekammer, weil eine Ermittlung der Zahl der Mitglieder einer Pflegekammer in einer einfachen Abfrage über die Träger hätte erfolgen können.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

50 % der Pflegerinnen und Pfleger haben "Ja" gesagt, obwohl sie um die Pflichtmitgliedschaft und die damit verbundene Beitragsverpflichtung wussten. Sie, meine Damen und Herren von der CSU, wären froh, wenn Sie 50 % hätten. Wenn ich richtig informiert bin - -

(Thomas Kreuzer (CSU): Sie auch! – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Da wären Sie ganz froh! – Weitere Zurufe von der CSU)

- Ich auch, ja. Aber lassen Sie mich weiterreden. Wenn ich richtig informiert bin, treffen Sie mit 47,7 % weitgehend alle Entscheidungen und begründen damit Ihre alleinige Handlungsfähigkeit. Eben dies sollten Sie den Pflegekräften auch zugestehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Vergleich einer Vertretung der hochdifferenzierten Pflege mit dem Bayerischen Jugendring, der ehrenamtliche Jugendarbeit fördert, ist schlicht absurd. Selbst die bayrische Dekanatskonferenz zum Thema Pflege zweifelt massiv an Ihrem Pflegering. Die Arbeitgeberverbände haben natürlich kein Interesse an der Pflegekammer, weil sie um

ihren Einfluss auf die Gesetzgebung, auf die Ausbildung und auf weitere Maßnahmen fürchten, die man auf dem Gebiet der Pflege dann selbst in die Hand nehmen würde. Ich sage Ihnen: Früher oder später, hoffentlich früher, werden wir in Bayern doch noch eine Pflegekammer bekommen.

Meine Damen und Herren im Bayerischen Landtag, Sie können davon ausgehen, dass wir die Pflegekräfte in ihrem Anliegen weiter unterstützen werden. Heute ist vermutlich für längere Zeit die letzte Gelegenheit für die Kollegen von der CSU, diese falsche Entscheidung für den Pflegering zu revidieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie sich wirklich in der Pflegelandschaft bewegen und dort die Diskussionen über die Pflegekammer führen, werden auch Sie feststellen, dass die Zustimmung Stück für Stück, Woche für Woche, steigt. Deshalb bitte ich Sie, Ihre Entscheidung zu revidieren und dem Antrag der FREIEN WÄHLER heute zuzustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die Staatsregierung hat Frau Staatsministerin Huml das Wort. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheitsministerium): Werte Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste auf der Tribüne! Frau Dr. Biederbeck, Generaloberin Dürr und alle weiteren Mitstreiterinnen, ich darf Ihnen eines sagen: Wir diskutieren schon seit einigen Jahren über das Thema. Mir geht es darum, dass wir eine funktionsfähige Interessenvertretung für die Pflege bekommen und nicht länger reden, sondern handeln und das umsetzen.

(Beifall bei der CSU)

Es ist vielfach von der Umfrage unter den Pflegekräften, die es gegeben hat, gesprochen worden. Korrekt ist: 50 % sprechen sich für eine Kammer aus. Geht man aber

etwas tiefer – der Kollege Klaus Holetschek hat es dargelegt -, stellt man fest: 51 % bzw. 48 % sehen Pflichtbeiträge bzw. Pflichtmitgliedschaft als problematisch an und lehnen das ab. Das heißt, ich empfinde es als Auftrag, Ihnen hier im Bayerischen Landtag ein Gesetz vorzulegen, mit dem wir für die Pflegekräfte in Bayern eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, nicht irgendeinen eingetragenen Verein in loser Verbindung, nein, eine Körperschaft des öffentlichen Rechts einrichten. Dabei führen wir aber die Nachteile für die Pflegekräfte, die mit einer klassischen Kammer verbunden wären, nicht ein. Das bedeutet: keinen Pflichtbeitrag, keine Pflichtmitgliedschaft.

Gleichzeitig ist wichtig, wie wir eine Datensammlung dazu schaffen können, wer bei uns in Bayern als Pflegekraft tätig ist. Ich bin gerade gemeinsam mit dem Datenschutzbeauftragten dabei, in irgendeiner Form eine Registrierung hinzubekommen, damit wir wirklich Daten dazu haben, wie viele Menschen in Bayern sich Tag und Nacht für Menschen einsetzen, die pflegebedürftig sind.

An dieser Stelle möchte ich ein herzliches Dankeschön an diejenigen sagen, die sich wirklich für die Menschen in diesem Land einsetzen. Diesen Menschen müssen wir eine Stimme geben. Bei diesem Punkt sind wir hier im Hohen Hause in meinen Augen nicht auseinander. Die Pflegekräfte in Bayern brauchen eine starke Interessenvertretung.

(Beifall bei der CSU)

Warum brauchen sie diese Interessenvertretung? – Weil wir selbstverständlich die Diskussion haben, wie es mit Zeit für die Pflege, wie es mit Personal und wie es mit Nachwuchs aussieht. Wie sieht es mit der Finanzierung dieses Systems aus? Man darf aber bitte nicht verwechseln, was eine klassische Kammer einerseits kann, wenn es um Berufsordnung, Standesrecht und diese Dinge geht, und was wir andererseits insgesamt für die Pflegekräfte erreichen wollen. Wir können einer Körperschaft des öffentlichen Rechts sehr wohl wie einer klassischen Kammer die Dinge übertragen, wenn es um den Vollzug der Berufsordnung geht, wenn es um die Qualität geht und

wenn es um Fort- und Weiterbildung geht. Das ist auch mir ein Anliegen. Wir brauchen Qualität in unseren Heimen. Wir brauchen die Möglichkeit zu Fort- und Weiterbildungen für Pflegekräfte, die sich vielfach so sehr engagieren, dass sie an ihre eigenen Grenzen kommen. Dafür werde ich mich einsetzen. Dementsprechend werde ich hier im Hohen Haus und im Ausschuss einen Gesetzentwurf vorlegen.

Ich bin zum Beispiel am Freitag bei der Mitgliederversammlung der Bayerischen Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Pflegekraft – Bay.Arge. Da möchte ich zur Mitarbeit einladen und die Argumente hören. Deswegen finde ich es fair, einen Gesetzentwurf erst danach in die Öffentlichkeit zu bringen, wenn wir mit einer Gründungskonferenz beginnen und wenn wir noch einmal gehört haben, was für die Pflegekräfte dringend und enorm wichtig ist.

Ich kann Ihnen noch eines sagen: Ständig wurde in der Diskussion gefragt: Wer wird denn bei euch Mitglied? – Die Pflegekräfte und die Pflegeverbände sollen Mitglieder werden. Es geht nicht darum, dass die Arbeitgeber die Bestimmer sind, sondern darum, Expertise einzuholen. Die Pflege soll selbst ihre Angelegenheiten bestimmen. Mir ist nicht bange, wenn die Pflege ihre Angelegenheiten in die Hand nimmt. Ich bin froh, wenn sie, wie es gestern der Fall war, sagt, sie werde als Pflege laut und bringe ihre Interessen ein. In diesem Sinne hoffe ich, dass wir gemeinsam dafür sorgen können, eine starke Stimme für die Pflege in Bayern zu bekommen und nicht nur zu reden, sondern zu handeln.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Herr Professor Bauer, bitte Ihre Zwischenbemerkung.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Frau Staatsministerin, Sie haben dargestellt, was der Pflegering alles leisten soll. Auf welcher Rechtsgrundlage soll er das leisten? – Das ist doch die entscheidende Frage. Bei einer Kammerlösung ist das ganz klar; da haben wir die bewährten Strukturen. Auf welcher Rechtsgrundla-

ge wollen Sie dieses unerprobte Instrument Pflegering gründen, um die Vorteile zu haben, die Sie genannt haben und die auch notwendig sind, damit wir vorwärtskommen? Wie wollen Sie das machen?

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Staatsministerin, bitte.

Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheitsministerium): Wir wollen das auf derselben Rechtsgrundlage tun wie bei den klassischen Kammern, der Ärztekammer oder der Apothekerkammer, nämlich in der Form einer Körperschaft des öffentlichen Rechts, um damit auch die gleiche Augenhöhe herzustellen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. - Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Vonseiten der Fraktion der FREIEN WÄHLER wurde namentliche Abstimmung über ihren Antrag auf Drucksache 17/6737 beantragt. Die Urnen stehen bereit. – Danke. Ich bitte, die Stimmkarten einzuwerfen. Fünf Minuten! – Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 18.32 bis 18.37 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist um. Die Abstimmung ist geschlossen. Die Stimmkarten werden draußen ausgezählt. Das Ergebnis wird nachher bekannt gegeben. Ich bitte, die Plätze einzunehmen, damit ich in der Sitzung fortfahren kann. – Herr Kollege Dr. Goppel hat um das Wort für eine Erklärung zur Abstimmung nach § 133 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung gebeten.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Hier heißt es:

¹Jedes Mitglied des Landtags kann unmittelbar nach der Abstimmung, bei Gesetzen nur nach der Schlussabstimmung, eine kurze Erklärung über seine Abstim-

mung abgeben.² Diese Erklärung hat sich auf die sachliche Begründung für sein Votum zu beschränken.

Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Thomas Goppel (CSU): Das tut sie. - Frau Präsidentin, Hohes Haus! Es wundert nicht nur mich, dass die FREIEN WÄHLER gerne auf ihr Panier schreiben möchten, hier den pflegerischen Knoten durchschlagen zu haben. Dass es den Knoten gibt, bestreitet, glaube ich, niemand, und die Diskussion hat das auch ergeben.

Die Vielfalt der Diskussion in diesen Tagen belegt aber, dass das Thema noch nicht entscheidungsreif ist und nicht ausgerechnet heute entschieden werden kann. Weder der Pflegering mit all den Sonderüberlegungen, die die Gesundheitsministerin in diesen Tagen uns vorhin dargestellt hat, noch die Pflegekammer, die auf kräftigen Widerstand der Wirtschaft, der SPD, der Gewerkschaften und mancher anderer stößt, haben bisher die gesetzliche Figuration erreicht, um als tragfähiges Konzept die weitere und sachgerechte, in Ruhe debattierte Anlage für das Gesundheitswesen festzuschreiben. Diese Debatte muss draußen und hier im Parlament fortgeführt werden können. Das geht nicht, wenn wir einen Beschluss fassen, der uns festlegt. Ich habe mich heute deswegen wie in den letzten Sitzungen auch der Stimme enthalten. Ich bin deswegen nicht mit dabei gewesen, weil ich denke, die Debatte heute ist nicht glücklich. Vor drei Jahren haben wir angefangen, darüber zu debattieren, ob wir eine Pflegekammer schaffen, und heute legen wir eine Lösung vor, bei der die wesentlichen Fragen noch nicht geklärt sind? Kollege Holetschek hat hier ausdrücklich erklärt, er bzw. die CSU sei änderungsbereit; ich bin ausdrücklich dazu bereit, diese Änderung beizusteuern, und das möglichst bald, nicht erst in zwei Jahren. Ich warte nämlich seit inzwischen 41 Jahren im Parlament darauf, dass sich diese Änderungen ergeben. Wir haben über die Pflege so überhaupt noch nie geredet – und jetzt sollen wir in drei Monaten alles finden? – Nein. Deswegen meine Stimmenthaltung.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Goppel.

(...)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: In der Zwischenzeit gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt zum Antrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Professor Dr. Bauer und andere und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Eine starke Interessenvertretung für die Pflege – eine Pflegekammer für Bayern!", Drucksache 17/6737. Mit Ja haben gestimmt 29 Abgeordnete, mit Nein haben gestimmt 97 Abgeordnete bei 5 Enthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 28.10.2015 zu Tagesordnungspunkt 6: Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Eine starke Interessenvertretung für die Pflege - eine Pflegekammer für Bayern! (Drucksache 17/6737)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X	
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete		X	
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar			
Biedefeld Susann			
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brückner Michael		X	
von Brunn Florian		X	
Brunner Helmut			
Celina Kerstin			
Dettenhöfer Petra			
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard			
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg			
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen			
Fehlner Martina			
Felbinger Günther			
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus		X	
Freller Karl		X	
Füracker Albert			
Ganserer Markus		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten	X		
Dr. Goppel Thomas			X
Gote Ulrike		X	
Gottstein Eva		X	
Güll Martin			
Güller Harald			
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine			
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold		X	
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes			
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine	X		
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzele Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert			
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas		X	
Dr. Magerl Christian			
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia			
Müller Ruth			
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin			
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph		X	
Radlmeier Helmut			X
Rauscher Doris		X	
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans			X
Ritter Florian			
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry		X	
Schindler Franz		X	
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Büssinger Helga		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten			X
Dr. Schwartz Harald			X
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard			X
Sem Reserl			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin			X
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana			X
Stamm Barbara			X
Stamm Claudia			X
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia			X
Stöttner Klaus			X
Straub Karl			X
Streible Florian			X
Strobl Reinhold			X
Ströbel Jürgen			X
Dr. Strohmayer Simone			X
Stümpfig Martin			
Tasdelen Arif			X
Taubeneder Walter			X
Tomaschko Peter			X
Trautner Carolina			X
Unterländer Joachim			X
Dr. Vetter Karl			X
Vogel Steffen			X
Waldmann Ruth			X
Prof. Dr. Waschler Gerhard			X
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			X
Dr. Wenger Paul			
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel			X
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winter Georg			X
Winter Peter			
Wittmann Mechthilde			X
Woerlein Herbert			X
Zacharias Isabell			
Zellmeier Josef			X
Zierer Benno		X	
	Gesamtsumme	29	97
			5